Problemviertel-Monitoring zur gezielten Bekämpfung gesellschaftlicher Desintegration, Verwahrlosung und Gewalt

Drucksache **19/2595** · eingebracht 2025-07-11 — Antragsteller: **AfD**

Stadtentwicklung | Sicherheitspolitik | Integration

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD fordert ein datenbasiertes Monitoring-System, das Berliner Planungsräume als 'Problemviertel' klassifiziert – basierend auf fünf Hauptkriterien, darunter ein ethnischer Indikator (ndH >50 %) und moralisierende Bewertungen von Sozialleistungsbezug.

KERNFORDERUNGEN

- Einführung eines handlungsorientierten Problemviertel-Monitorings
- Definition von Brennpunkträumen anhand objektiver Kriterien (u.a. ndH >50 %)
- Verbindliche politische Nutzung für Förder- und Maßnahmensteuerung

BEWERTUNG

1.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Ablehnen

Der Antrag verletzt zentrale GWÖ-Werte fundamental: Er instrumentalisiert soziale Indikatoren (Arbeitslosigkeit, Sozialleistungsbezug, ndH-Anteil) zur stigmatisierenden Klassifizierung von Stadtteilen als 'Problemviertel', was Menschenwürde (A1/D1) und soziale Gerechtigkeit (D4) untergräbt. Die Verknüpfung von Herkunftssprache mit Integrationsdefizit und die explizite Referenz auf Dänemarks 'Ghettoliste' widersprechen dem Prinzip der Solidarität (D2) und fördern gesellschaftliche Spaltung statt Gemeinwohl. Die fehlende Einbindung von Bürger:innenbeteiligung oder partizipativer Bewertung verstößt gegen Transparenz & Mitbestimmung (D5).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Datengrundlage
- Jährliche Aktualisierung
- Ressortübergreifende Steuerung

Schwächen

- Ethnische Stigmatisierung durch ndH-Kriterium
- Moralisierende Sprache ('Systemversagen')
- Keine Bürgerbeteiligung im Design

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	--	--	·	--	-
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde** `Bewertung: -5`

Stigmatisierung durch Herkunftsindikator (ndH >50%) und pauschale Assoziation mit 'Desintegration'

D4 **Soziale Gerechtigkeit** `Bewertung: -5`

Verknüpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und Herkunft zu einem strukturellen 'Versagen' – entlastet politische Verantwortung für systemische Ungleichheit

D2 **Solidarität** `Bewertung: -4`

Kategorisierung als 'Brennpunkt' ohne gemeinwohlorientierte Lösungslogik, sondern Kontrolle und Priorisierung nach Defizit

D5 **Transparenz & Mitbestimmung** `Bewertung: -3`

Keine Beteiligung der betroffenen Bürger:innen an Definition, Bewertung oder Maßnahmenplanung; rein top-down-Steuerung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 4/10

Teilweise Übereinstimmung mit CDU-Berlin-Wahlprogramm 2021 zu Sicherheit und Sozialem Zusammenhalt (z.B. S. 51, 64), aber gravierender Widerspruch zur CDU-Leitidee der 'sozialen Mischung' und zum christlich-demokratischen Menschenbild, das Stigmatisierung ablehnt. Der Antrag ignoriert die CDU-Forderung nach 'gesunder sozialer Mischung' zugunsten einer defizitorientierten Selektion.

> „Die Belegungspolitik der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften muss darauf abzielen, eine gesunde soziale Mischung in allen Stadtlagen zu erreichen."
> CDU Berlin Wahlprogramm 2021, S. 64

PARTEIPROGRAMM 3/10

Widerspricht dem CDU-Grundsatzprogramm 2024: Das Menschenbild betont Würde, Freiheit und Verantwortung – nicht ethnische oder soziale Etikettierung. Die Forderung nach 'kluger Stadtentwicklung' (S. 71) zielt auf Zusammenhalt, nicht auf Trennung durch Brennpunktkategorisierung.

> „Wir wollen gutes Leben in der Stadt. Unser Leitbild ist, eine funktionierende Stadt mit einem ausgeglichenen Miteinander von Leben, Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur, Gastronomie und Begegnung."
> CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 71

SPD

WAHLPROGRAMM 0/10

Vollständiger Widerspruch zu SPD-Berlin-Wahlprogramm 2021: Die SPD lehnt den ndH-Indikator explizit ab ('nicht aussagekräftig') und ersetzt ihn durch soziale Indikatoren (S. 48). Der Antrag macht genau das Gegenteil und verknüpft Herkunftssprache mit Kriminalität und Armut – ein Kernwiderspruch zur SPD-Leitidee der 'solidarischen Stadt'.

> „Die Anzahl von Schüler:innen nicht-deutscher Herkunftssprache (ndH-Indikator) ist dabei für uns nicht aussagekräftig. Deshalb ersetzen wir den ndH-Indikator bei der Schulentwicklung durch soziale Indikatoren."
> SPD Berlin Wahlprogramm 2021, S. 48

PARTEIPROGRAMM 0/10

Fundamentaler Widerspruch zum Hamburger Programm: Die SPD definiert 'soziale Stadtpolitik' als Gestaltung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Lage – nicht als deren Trennung und Etikettierung. Der Antrag reproduziert rassistische Stereotype, die das SPD-Programm ausdrücklich bekämpft.

> „Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt, die alle Bewohnerinnen und Bewohner zu gestaltender Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen …"
> SPD Hamburger Programm 2007, S. 35

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 0/10

Vollständiger Widerspruch zu GRÜNEN-Wahlprogramm NRW 2022 und Berlin-Positionen: Grüne setzen auf Partizipation, Demokratie und sozial-ökologische Transformation – nicht auf staatliche Stigmatisierung. Der Antrag widerspricht dem Grundsatzprogramm 2020, das 'Lebendige Demokratie' und 'Teilhabe für alle' fordert, nicht Ausgrenzung über Datenraster.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Vollständige Übereinstimmung mit AfD-Berlin-Wahlprogramm 2021: Der Antrag spiegelt exakt die Kernforderungen zur Polizeiausstattung (S. 24), Einwanderungskritik (S. 31), Arbeitslosigkeit (S. 56) und Sozialstaatskritik (S. 54–55). Die 'ghetto'-Logik entspricht direkt der AfD-Position zur 'Armutsmigration' und 'Integrationsversagen'.

> „Das Konzept der um jeden Preis wachsenden Stadt, deren Einwohnerzuwachs seit Jahren im Wesentlichen auf Zuwan- derung aus dem Ausland beruht, mindert die Lebensqualität für alle Berliner."
> AfD Berlin Wahlprogramm 2021, S. 31

> „Sozial ist, was gerecht ist! Berlin steht vor großen sozialen Herausforderungen. Zu- sätzlich zu den ungelösten sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und steigender Armut müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um Berlin unabhängig von Transferzahlungen aus anderen Bundeslän- dern zu machen."
> AfD Berlin Wahlprogramm 2021, S. 54

PARTEIPROGRAMM

10/10

Vollständige Übereinstimmung mit AfD-Grundsatzprogramm 2016: Der Antrag realisiert die Forderung nach 'strikter Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Bundesstiftung Baukultur' (S. 95) durch technokratische Raumsteuerung und verfolgt die Zielsetzung, 'die Entwicklung der EU zu einer Sozialunion zu verhindern' (S. 55) durch Abgrenzung von 'Transferabhängigkeit'.

> „14.8 Stadtentwicklung: Nachverdichten, aber Bausünden verhindern Neu zu schaffende Stadtbezirke müssen nach den neuesten Erkenntnissen der Stadtplanung gestaltet werden."
> AfD Grundsatzprogramm 2016, S. 95

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: 5. Anteil von Kindern und Jugendlichen mit nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) über 50 %: Ein hoher ndH-Anteil zeigt, wo sprachliche und schulische Integration verstärkt werden muss.

5. Anteil von Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf in Sprache und Bildung über 30 %: Ein hoher Bedarf an sprachlicher und pädagogischer Unterstützung zeigt, wo zusätzliche Ressourcen für inklusive Bildung erforderlich sind. Ein hoher ndH-Anteil zeigt, wo sprachliche und schulische Integration verstärkt werden muss.

Begründung: Ersetzt einen diskriminierenden ethnischen Indikator durch einen bedarfsorientierten, bildungspolitischen Indikator – stärkt Menschenwürde (D1) und soziale Gerechtigkeit (D4)

Vorschlag 2 von 3

Original: 2. Sozialleistungsbezug über 20 %: Wo ein Fünftel oder mehr der Haushalte dauerhaft vom Staat lebt, liegt kein „Solidaritätsfall“ mehr vor, sondern ein flächendeckendes Systemversagen.

2. Anteil von Haushalten mit Einkommen unter 60 % des Median-Einkommens über 20 %: Hohe Armutsgefährdung signalisiert strukturelle Benachteiligung und erfordert gezielte Armutsbekämpfung. Wo ein Fünftel oder mehr der Haushalte dauerhaft vom Staat lebt, liegt kein „Solidaritätsfall“ mehr vor, sondern ein flächendeckendes Systemversagen.

Begründung: Ersetzt moralisierende Sprache ('Systemversagen', 'Anspruchsdenken') durch objektive Armutsdefinition – stärkt Solidarität (D2) und soziale Gerechtigkeit (D4)

Vorschlag 3 von 3

Original: IV. Kategorisierung [...] Werden zwar nur zwei Hauptkriterien erfüllt, kommen jedoch mindestens zwei Verstärkerindikatoren hinzu, spricht man von einem Gebiet mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf.

IV. Kategorisierung [...] Werden nur zwei Hauptkriterien erfüllt, aber gleichzeitig positive Entwicklungen (z. B. Rückgang der Arbeitslosigkeit, Zuwachs an Kitaplätzen, steigende Schulabschlüsse) nachweisbar sind, spricht man von einem Gebiet mit besonderem Unterstützungsbedarf. Werden zwar nur zwei Hauptkriterien erfüllt, kommen jedoch mindestens zwei Verstärkerindikatoren hinzu, spricht man von einem Gebiet mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf.

Begründung: Führt eine ressourcenorientierte Perspektive ein – stärkt Transparenz & Mitbestimmung (C5) und Solidarität (D2) durch Fokus auf Potenzial statt Defizit

Original-Antrag

Drucksache 19/2595

Problemviertel-Monitoring zur gezielten Bekämpfung gesellschaftlicher De·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 19/2595
11.07.2025

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Problemviertel-Monitoring zur gezielten Bekämpfung gesellschaftlicher Desintegration, Verwahrlosung und Gewalt

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein dauerhaft angelegtes, wissenschaftlich fundiertes Monitoringinstrument zur Identifikation und Beobachtung sozialer Brennpunkträume (d. h. Problemviertel) in Berlin zu entwickeln und regelmäßig öffentlich darzustellen.

Dabei ist insbesondere Folgendes umzusetzen:

I. Analyseebene und Systemgrundlage

Bisherige Instrumente wie das System der lebensweltlich orientierten Räume (LOR) liefern viele Einzelinformationen, bleiben aber zu häufig ohne durchschlagende Wirkung.

Die Planungsräume (PLR) im Rahmen des LOR-Systems, aktuell 542 an der Zahl, sind zwar statistisch nutzbare Einheiten, werden jedoch bislang nicht typologisch eingeordnet oder politisch priorisiert. Das bestehende Monitoring Soziale Stadtentwicklung (MSS) bleibt ein verwaltungsinternes Instrument ohne verbindliche Schwellenwerte oder politische Bewertung – insbesondere dort, wo sich soziale Problemlagen mit Kriminalität und integrationspolitischem Scheitern überlagern, ist es blind.

Daher ist ein neues, handlungsorientiertes Raster notwendig, das nicht nur beschreibt, sondern bewertet und zuordnet: Wo liegt akuter Handlungsbedarf? Welche Räume haben negative Entwicklungsdynamiken? Wo muss ressortübergreifend priorisiert eingegriffen werden? Ziel ist ein Instrument, das vorhandene Daten verbindlich bewertet und ressortübergreifend steuerbar macht. Das neue Raster nutzt MSS-Daten, ergänzt sie aber um verbindliche Schwellenwerte und politische Priorisierung. So kann das Land Berlin den realen sozialen Spannungsräumen gerecht werden, statt weiterhin mit pauschalen Programmen oder reaktiver Symbolpolitik zu arbeiten.

II. Kriterienauswahl

Entscheidend ist, dass die Definition von Brennpunkträumen auf objektiven, messbaren Faktoren beruht. Als Brennpunkt sollen daher Planungsräume gelten, in denen mindestens drei der nachfolgenden fünf Hauptkriterien gleichzeitig erfüllt sind. Ergänzende Verstärkerindikatoren ermöglichen es, die Dringlichkeit politischer Maßnahmen weiter zu differenzieren.

A. Hauptkriterien

1. Arbeitslosenquote über 15 %: In Stadtteilen, in denen mehr als jeder siebte Erwerbsfähige dauerhaft ohne Arbeit ist, hat der Sozialstaat seine Steuerungsfunktion weitgehend verloren. Die Folge ist Armut, Abhängigkeit von Transferleistungen und wachsender Unmut – ein idealer Nährboden für Kriminalität und gesellschaftliche Entfremdung.

2. Sozialleistungsbezug über 20 %: Wo ein Fünftel oder mehr der Haushalte dauerhaft vom Staat lebt, liegt kein „Solidaritätsfall“ mehr vor, sondern ein flächendeckendes Systemversagen. Statt Eigenverantwortung und Integration in den Arbeitsmarkt prägen Anspruchsdenken und Abhängigkeit vom Sozialstaat das Alltagsbild.

3. Kinderarmut über 25 %: Bildungsferne, Sprachdefizite und mangelnde Perspektiven reproduzieren sich – mit langfristigen Folgen für Schulen, Ausbildungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

4. Tatortbasierte Kriminalitätsbelastung: Da die Polizei keine Statistik zu Wohnorten von Tätern veröffentlicht, dient die Häufung schwerer Straftaten am Tatort als belastbarer Indikator. In Vierteln mit mindestens 1,5-facher Häufigkeit schwerer Delikte – etwa Raub, gefährliche Körperverletzung oder Drogenhandel – ist der Staat in besonderer Verantwortung, seine ureigenste Aufgabe zu erfüllen und die öffentliche Sicherheit wiederherzustellen.

5. Anteil von Kindern und Jugendlichen mit nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) über 50 %: Ein hoher ndH-Anteil zeigt, wo sprachliche und schulische Integration verstärkt werden muss. Bleibt der Bedarf unbeachtet, drohen langfristige Folgen für Bildung, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

B. Verstärker-Indikatoren

– Lage in einem „kriminalitätsbelasteten Ort“ (kbO) als Verstärker-Indikator: Wird ein Gebiet bereits polizeilich als kbO eingestuft, stellt dies einen zusätzlichen Belastungsfaktor dar. Die kbO-Zuordnung zeigt, dass akute Gefahrenlagen vorliegen, die gezieltes staatliches Eingreifen erfordern.

– Alleinerziehende als Verstärker-Indikator: Ein hoher Anteil von Alleinerziehenden über 25 % geht häufig mit einer Häufung familiärer, sozialer und ökonomischer Belastungen einher. Wo das zweite Einkommen und stabile Erziehungsverhältnisse fehlen, steigt das Risiko von schulischem Scheitern und Jugendkriminalität deutlich.

– Dynamik als Verstärker-Indikator: Wo sich bestehende Missstände nachweislich verschärfen, muss frühzeitig gegengesteuert werden. Steigt einer der Belastungswerte um mehr als fünf Prozentpunkte innerhalb von zwei Jahren bezogen auf jeweils aktuellste verfügbare Jahres- oder Zweijahresdaten, signalisiert dies besonderen Handlungsdruck in bereits belasteten Gebieten.

III. Datenquellen

Die Bewertung erfolgt ausschließlich auf Grundlage amtlich belastbarer Daten. Herangezogen werden insbesondere das Monitoring Soziale Stadtentwicklung (MSS) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Kooperation mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sowie der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales, die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) sowie die Einstufung kbO durch die Polizei Berlin. Ergänzend werden für den Indikator „ndH-Anteil“ schulstatistische Daten der Senatsverwaltung für Bildung berücksichtigt.

IV. Kategorisierung

Die Kategorisierung der Planungsräume erfolgt abgestuft nach dem Ausmaß der Belastung. Als Brennpunktraum gilt ein Gebiet, wenn mindestens drei der fünf Hauptkriterien erfüllt sind. Liegt darüber hinaus ein Verstärkerindikator wie eine kbO-Einstufung oder eine deutlich negative Dynamik vor, wird das Gebiet als Brennpunktraum mit zusätzlichem Belastungsfaktor gewertet. Mehrere gleichzeitig zutreffende Verstärkerindikatoren erhöhen den Handlungsdruck innerhalb der jeweiligen Kategorie und sollen bei der politischen Priorisierung besonders berücksichtigt werden. Werden zwar nur zwei Hauptkriterien erfüllt, kommen jedoch mindestens zwei Verstärkerindikatoren hinzu, spricht man von einem Gebiet mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf. Diese Typisierung schafft die Grundlage für eine gezielte politische Prioritätensetzung und einen differenzierten Mitteleinsatz. Alle Auswertungen erfolgen strikt anonymisiert.

V. Veröffentlichung und Weiterverwendung

Die Ergebnisse des Monitorings sind jährlich räumlich differenziert auf Ebene der Planungsräume aufzubereiten, kartografisch nach Belastungsstufen zu visualisieren und thematisch zu gruppieren – etwa in Kategorien wie „akuter Interventionsbedarf“, „stabile Hochbelastung“ oder „negativer Trend“ und in Anlehnung an die bestehende Farbskala des MSS. Die zusammengeführten Ergebnisse sind dem Abgeordnetenhaus in schriftlicher Form vorzulegen. Die regelmäßige Vorlage an das Abgeordnetenhaus ermöglicht eine parlamentarische Kontrolle über die Umsetzung entsprechender Schwerpunktsetzungen. Die Bewertung eines PLR ist jeweils für ein Jahr gültig und im Folgejahr auf Grundlage aktualisierter Daten zu überprüfen, unter Wahrung der gebotenen Sorgfalt und mit dem Ziel, nicht Stigmatisierung, sondern gezielte politische Steuerung zu ermöglichen.

VI. Politische Nutzung und Maßnahmensteuerung

Die Einstufung eines Brennpunktraums ist verbindlich in der ressortübergreifenden Haushalts-, Förder- und Maßnahmenplanung zu berücksichtigen. Sie dient als Grundlage für gezielte Investitionen, Schwerpunktsetzungen bei Sicherheit und Integration sowie für die Anpassung bestehender Programme (z. B. Quartiersmanagement, INSEK, Sozialraumbudgets).

Begründung

In zahlreichen Berliner Quartieren verdichten sich soziale, ökonomische und sicherheitsbezogene Problemlagen zu strukturellen Brennpunkten. Wo Arbeitslosigkeit, Transferabhängigkeit, Kinderarmut, Integrationsdefizite und Kriminalität gleichzeitig auftreten, gerät nicht nur der gesellschaftliche Zusammenhalt unter Druck, sondern auch staatliche Strukturen verlieren an Wirksamkeit. Verwahrlosung, Bildungsarmut und Gewalt sind in etlichen Stadtteilen längst kein Ausnahmezustand mehr, sondern Alltag.

Zwar existieren mit dem System der LOR und dem MSS bereits Analyseinstrumente, doch fehlt bislang ein politisch einsetzbares, handlungsorientiertes Steuerungswerkzeug. Bestehende Instrumente benennen Zustände, leiten daraus aber weder Schwellenwerte noch Interventionsverpflichtungen ab.

Ein bewährtes Vorbild ist das zur Zeit sozialdemokratisch regierte Dänemark, das seit 2010 mit einem faktenbasierten Raster gezielt gegen die Herausbildung sozialer Brennpunkte vorgeht und offizielle Listen – „ghettolister“ bzw. „parallelområder“ – veröffentlicht. Laut Transport-, Bau- und Wohnungsministerium gilt ein Gebiet mit mindestens 1 000 Bewohnern als belastet, wenn der Anteil nicht-westlicher Einwanderer über 50 % liegt und mindestens zwei der folgenden vier Kriterien erfüllt sind: hohe Arbeitslosigkeit/fehlender Bildungs- oder Erwerbsbezug, überdurchschnittlich viele Strafverurteilungen, niedriger Bildungsstand oder geringes Einkommen.[1] Dieses datengestützte Raster bildet die Grundlage für gezielte staatliche Interventionen und fördert eine systematische, ressortübergreifende Steuerung – ein Modell, von dem Berlin für sein Monitoring klar lernen kann. Es zeigt, wie klar definierte Indikatoren politisches Handeln effektiv strukturieren können.

Ein sozialwissenschaftlich fundiertes Monitoring mit klaren Kriterien, abgestufter Kategorisierung und jährlicher Aktualisierung ermöglicht eine verbindliche, vergleichbare Bewertung der Belastungslage in den Berliner Stadtteilen. Es schafft die Grundlage für politische Schwerpunktsetzungen, gezielte Maßnahmensteuerung und überprüfbare Wirksamkeit. Die politische Einordnung und Priorisierung der betroffenen Räume schafft nicht nur Transparenz, sondern ermöglicht auch die zielgenaue Allokation von Mitteln und Maßnahmen. Das Monitoring ist dabei kein Selbstzweck, sondern Entscheidungsgrundlage für konkrete Interventionen.

Vor allem aber dient es dem Schutz der betroffenen Anwohner – gleich welcher Herkunft –, die unter Zuständen leben müssen, denen Politik bislang oft nur reaktiv begegnet. Wer soziale Desintegration, Bildungsversagen, Kriminalität und Armutsmigration wirksam bekämpfen will, muss zuerst wissen, wo sie sich ballen und wie stark sie wirken. Genau dafür ist ein belastbares Problemviertel-Monitoring das geeignete Instrument.

Kosten

Das Monitoring stützt sich ausschließlich auf bereits vorhandene amtliche Datenquellen und bestehende statistische Infrastrukturen. Die Auswertung erfolgt im Rahmen der regulären Aufgaben der zuständigen Stellen. Es entstehen daher keine zusätzlichen Kosten für das Land Berlin.

Berlin, den 11.07.25

Dr. Brinker Wiedenhaupt Dr. Bronson
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

[1] https://regeringen.dk/nyheder/2017/ghetto-listen-2017-to-nye-omraader-tilfoejet-fem-fjernet/ghettolisten-definition-af-en-ghetto/; abgerufen am 7. Juli 2025.